

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 28 · 31. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 12. Juli 1930

Notopfer!

Die Familie ist im Gemeinschaftsleben die erste und natürlichste Einheit. Ihr folgt die Gemeinde, der Staat. Jede Einheit dieser Art stimmt in normalen Zeiten Einnahmen und Ausgaben so zueinander ab, daß keine Verschuldung eintritt. In anormalen Zeiten ist es gezwungenermaßen anders. Wird eine Familie von Schicksalsschlägen betroffen, die die Einnahmen mindern oder die Ausgaben erhöhen oder sogar auf beiden Gebieten wirken, dann wird sie sich zunächst durch Einschränkungen im Verbrauch und bei weiterer Not durch Hilfesuchen bei Verwandten über die schwierige Zeit hinwegzuhelfen versuchen. Ähnlich müssen die beiden anderen großen Gesellschaftsträger, Gemeinde und Staat, verfahren. Werden ihre Einnahmen durch unvorhergesehene Einwirkungen geschwächt oder ihre Ausgaben in höherem Maße in Anspruch genommen als bei der Staatsaufstellung voranzusehen war, oder tritt gar beides ein, dann bleibt auch ihnen nur der Weg der Einschränkungen und des Hilfesuchens bei Verwandten; in diesem Falle bei den Gliedern der Gemeinschaft, den Steuerzahlern. Ein dritter Weg, Schulden zu machen, ist nur dann vertretbar, wenn es sich um werbende Ausgaben handelt. Ein Schuldenmachen auf Kosten späterer Generationen, um der lebenden Generation Unbequemlichkeiten zu ersparen, muß dann als unmoralisch angesehen werden, wenn die zu bedeckenden Verpflichtungen nicht eine Angelegenheit sind, die auch spätere Generationen sittlich verpflichtet.

In der ungemein peinlichen Lage, geringere Einnahmen und erhöhte Ausgaben zu haben, befindet sich zurzeit das Deutsche Reich. Der Ursachen hierfür sind viele. Grundursache aber bleibt der verlorene Krieg, die aus diesem erwachsenden Reparationslasten an das Ausland, die Begleichung innerer Kriegsschulden, die aus der Inflation erfolgten finanziellen Umschichtungen innerhalb der Bevölkerung. Als zurzeit unmittelbare Ursachen für die Einnahmehinderung seien aufgezählt: der geringe Eingang an Zöllen und Umsatzsteuern, weil weniger verbraucht wird, an Lohn- und Einkommensteuer, weil weniger verdient wird, an Vermögens- und Erbschaftsteuer, weil weniger Vermögen steuerlich erfaßt werden kann. Die Ausgabensteigerung hat u. a. ihre äußeren Ursachen darin, daß an Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung und zur Krankenfürsorge mehr als vorgesehen geleistet werden muß, weil infolge der schlechten Wirtschaftslage die Zahl der Unterstützungsberechtigten und der Wohlfahrtsberwerblosen höher ist, als ursprünglich angenommen werden konnte. Dazu kommt noch eine Reihe weiterer Mehrausgaben, die auf ähnliche Wirtschaftsurfachen zurückzuführen sind.

Und nun braucht das Reich neue Mittel. Es hat erst anfangs April d. J. eine kräftige Neufinanzierung aus den Taschen der Steuerzahler und durch Einschränkung bis dahin gesetzlich vorgesehener Unterstützungsbeträge vorgenommen. Jetzt werden wieder rund 750 Millionen RM. benötigt. Aus den vielen immer wieder geänderten Vorschlägen der Regierung und den teilweise entgegengesetzten Vorschlägen der Parteien und Interessenten ist nun so viel herausdestilliert worden, daß die notwendigen Beträge teils durch sachliche Einsparungen in den Ministerien, teils durch Sparmaßnahmen in der Arbeitslosenversicherung, teils durch neue Steuern aufgebracht werden sollen. Die geplanten Ausgabenbeschränkungen und die neuen Steuern werden sich nur auf begrenzte Kreise des Volkes auswirken. Sie bilden also eine Sonderbelastung, ein Notopfer dieser Kreise. Die Einschränkungen bei den sachlichen Ausgaben der verschiedensten Ministerien brauchen keine Notopfer zu bedeuten, wenn man dort spart, wo Sparen schon längst eine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit einer bis jetzt ihrer Verantwortung nicht be-

wußten Bürokratie gewesen wäre. Wir denken hier insbesondere an die mit der Volksnot unvereinbare Ausgabenwirtschaft im Reichsaußenministerium und an die geradezu fürstliche Dotierung unserer Auslandsvertretungen. Auch in anderen Reichsbehörden läßt sich sicher noch die eine oder andere Million, ohne daß das Staatsleben darunter leidet, abknapsen. Ein verkehrtes Sparen und in der Wirkung ein Notopfer für das Baugewerbe würde es bedeuten, wenn die sachlichen Sparmaßnahmen in den Ministerien auf Einschränkung notwendiger behördlicher Baumaßnahmen ausgedehnt würden. Dann würde dem ohnehin so schwer wolleidenden Baugewerbe Blutzufuhr abgeschnitten.

Den Kollegen im nunmehr befreiten Gebiet

Glückwunsch und Gruß!

Unsere Saarkollegen

Versicherung der Treue,

herzlichen Mitgeföhls und Wunsch auf recht baldige politische und wirtschaftliche Wiedervereinigung mit unserm deutschen Vaterland!

Die geplanten Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung bedeuten ein schweres Opfer, das der arbeitslosen Bevölkerung als Gesamtheit und den von den Versicherungsrechten künftig Auszuschließenden als Einzelpersonen auferlegt wird. Daß Personenkreise, für die die Arbeitslosenversicherung nicht gedacht war, ausgeschlossen werden müssen, bedarf keiner Begründung. Daß aber die Unterstützung wie vorgesehen, in den höheren Unterstützungsstufen noch weiter eingengt wird, ist, abgesehen von der versicherungswirtschaftlichen Seite, sozial sehr bedenklich. Das Schlimme an der ganzen Sache ist, daß unter der katastrophalen Finanzkrise des Reiches ein ruhiges und objektives Abwägen von sozialen und versicherungswirtschaftlichen Notwendigkeiten so sehr erschwert ist, und, daß die Tendenznachrichten über Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung manchen sonst gerecht denkenden Kopf verwirrt haben. Heute schon muß zu diesem Kapitel verlangt werden, daß in einer ruhigeren Zeit die jetzigen Notmaßnahmen einer gründlichen Ueberprüfung unterworfen werden. Aus der Arbeitslosenversicherung ist bis zu einem gewissen Grade eine Betriebsrisikoversicherung vieler Unternehmungen geworden. Man kann Dr. Brauns zustimmen, wenn er anrät, in Zeiten besserer Wirtschaftslage von den Unternehmern eine Sonderprämie für die wirtschaftlich schlechten Zeiten einzuziehen. Notopfer der Notleidenden im wahrsten Sinne des Wortes bedeuten also die jetzigen Sparmaßnahmen in der Arbeitslosenversicherung.

Manche Veränderungen in der Krankenversicherung werden sich als Notopfer der Kranken auswirken.

Das Notopfer der Lebigen wird auch die eine oder andere Härte bringen. Der ledige Arbeitskollege, der für Familienangehörige regelmäßig zu sorgen hat, kann durch entsprechende Bestimmungen und Beibringung der notwendigen Unterlagen beim zuständigen Finanzamt erreichen, daß sein steuerliches Verhältnis wie bisher bleibt.

Die „Reichshilfe“ der Beamten, voll-

tümlich bekannt unter dem Namen Notopfer, soll 135 Millionen RM. erbringen. Die Reichsregierung geht bei Begründung ihres Antrages davon aus, daß die Beamtenschaft in ihren Gehältern heute den Angestellten der Privatwirtschaft im allgemeinen gleichsteht. Der Beamte braucht für den Fall der Krankheit und seiner späteren Pensionierung keine Beiträge zur Krankenversicherung, Invaliden- oder Angestelltenversicherung und bis jetzt auch nicht zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Sein Arbeitsplatz ist gesichert, er ist also nicht den Wirkungen der Konjunktur oder Jahreszeit unterworfen. In Beamtenkreisen hat ein geradezu überständliches Geschrei über diese kurz befristete Steuer eingeseht. Wir wollen die einzelnen Einwände hier nicht aufzählen. Dem Arbeiter sind teilweise geradezu unverständlich. Wenn die Beamten ihren Widerstand gegen dieses Notopfer damit begründen, daß sie Ausdehnung des Notopfers auch auf andere, in günstiger Lage sich befindliche Schichten verlangen, so soll dieser Einwurf durchaus als berechtigt anerkannt werden. Praktisch ist es aber so, — und das wissen gerade die Beamten am besten — daß die Steuereinkolung nicht nur von der Gerechtigkeit, sondern auch ganz stark von der Zweckmäßigkeit und Möglichkeit abhängt. Einem ganz großen Teil unserer Schwerkverdiener wäre ein Notopfer durchaus zuzumuten. Was nützt es aber dem Reich, wenn es solche Steuern beschließt und durch dieselben dann diesen Kreisen den weiteren Anreiz gibt, sich steuerlich ins Ausland zu flüchten. Nach objektiven Schätzungen sind bereits 8 bis 10 Milliarden RM. Kapital ins Ausland geflüchtet. Gewisse Staaten reizen sogar dazu noch an, indem sie ihre Steuergesetzgebung so einstellen, daß diese Sorte Steuerzahler geradezu zur Zuwanderung animiert werden. Wandert nun dieses an sich steuerfähige Kapital weiter ins Ausland ab, dann bedeutet das zwangsläufig weitere Schwächung des deutschen Kapitalmarktes und damit weitere Arbeitslosigkeit. Eine an sich berechnete Steuer würde also in der Wirkung dahin führen, daß weitere Verschlechterung des Wirtschaftslebens und damit Schwächung der Steuerkraft aus Lohn- und Einkommen und Rückgang der indirekten Steuern eintreten und notwendigerweise eine weitere finanzielle Belastung der Arbeitslosenversicherung eintreten würde. Diese harte Tatsache, verursacht durch die Steuermoral der Prozentpatrioten ist den Beamten bekannt. Ebenso bekannt ist sie auch den Sozialdemokraten, die mit dem obigen Beamtenargument bis jetzt gegen das Notopfer der Beamten aus reinen politischen Agitationsgründen eingetreten sind. Zum Notopfer der Beamten muß aber noch ein ganz anderes Wort gesagt werden. Träger des Wirtschaftslebens, Erzeuger der wirtschaftlichen Güter, Schaffer des volkswirtschaftlichen Reichtums sind in erster Linie die Arbeiter. Wir wissen auch den Anteil der Angestellten an dieser volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zu schätzen. Wir wissen weiter, daß in einer komplizierten Volks- und Staatswirtschaft auch der Beamte unentbehrlich ist. Ganz scharf für Notzeiten herausgestellt ist es aber doch so, daß eher noch der Beamte als der Arbeiter entbehrt werden kann. Die Beamten müssen, wenn sie zum Volk gehören wollen, sich auch an den gemeinsamen Lasten des Volkes beteiligen. Wollen sie das nicht, dann werden sie als eine Drohnenschicht empfunden, und haben sich mit den psychologischen Wirkungen hieraus abzufinden. In diesem Sinne hat ihnen auch der derzeitige Finanzminister Dietrich bereits einige Wahrheiten gesagt. In der „Sozialen Praxis“ liest ihnen Professor Dr. Heyde ganz herzlich die Leuten. Dem Argument des Reichsbundes der höheren Beamten, daß die „Reichshilfe“ verfassungswidrig sei, sei ohne Eingehen auf die formalrechtliche Seite der Sache nur gesagt, daß seine geistige Verfassung schon nahezu polizeiwidrig ist.

Wir schließen auch hier unsere Notopferbetrach-

lung mit den gleichen Gedankengängen, die wir im Leitartikel der Nr. 26 gebracht haben. Notwendig ist der Abbau unsozialer Gesinnung. Unsozial ist eine Stellungnahme der Beamten, die sich aus allen Gemeinschaftspflichten heraus halten will. Volksgemeinschaft ist eine Angelegenheit, die gerade diese Kreise schon ernstester als je zuvor betrachten müssen. Stegerwalds soviel geschmähte und mißverständene Stellungnahme zur Beamtenbezahlung ging doch im Grunde davon aus, dem Volksgemeinschaftsgedanken den wirtschaftlichen Boden zu erhalten. Wenn aus dem Ertrag der Wirtschaft nur so viel verteilt werden kann, wie wirklich da ist, dann muß bei der Verteilung so gerecht verfahren werden, daß dem materiell geringer Bedachten gegenüber dem Mehrbegünstigten das Gefühl des Betrogenen nicht aufzukommen braucht. Man mache das dem Arbeiterstand nicht unmöglich!

Günstige Abschlüsse der Großbauunternehmungen

Trotz Klagen — steigende Gewinne

Obwohl im Baugewerbe das vom einzelnen Inhaber betriebene Unternehmen noch überwiegt — in 208 905 Unternehmen, die von Einzelhabern betrieben werden, waren nach der letzten Betriebszählung 1 022 539 Personen beschäftigt, das sind beinahe zwei Drittel aller im Baugewerbe Beschäftigten —, so setzen sich doch immer mehr andere Unternehmensformen, wie die offene Handelsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung und insbesondere die Aktiengesellschaften durch. 209 zum Baugewerbe gehörige Aktiengesellschaften beschäftigten allein 83 529 Menschen. 19 Aktiengesellschaften des Baugewerbes, die je mehr als 1000 Personen beschäftigten, weisen allein eine Gesamtbeschäftigtenziffer von 50 441 auf. Hier handelt es sich um die industriellen Großbaubetriebe, die zumeist aus alten Privatunternehmungen hervorgegangen sind, wie etwa die Firmen Philipp Holzmann & Co., Dyckerhoff & Widmann, Wahß & Freitag, Julius Berger, Grün & Silfvinger, Held & Franke, Lenz & Co. usw. Ueber die Rentabilität derjenigen Unternehmungen im Baugewerbe, die ihre Bilanzen nicht der Öffentlichkeit vorzulegen haben, kann man schwerlich positive Zahlen erlangen, um so eher vermag man aus den Veröffentlichungen der Bilanzen der Aktiengesellschaften ein Bild zu gewinnen.

Die größten Aktiengesellschaften der Bauwirtschaft haben nunmehr ihre Bilanzen vorgelegt und ihre Generalversammlungen haben getagt. Die Baugesellschaften zählen mit zu den Nachzüglern in der Veröffentlichung der Bilanzen, weil hier die Inventuraufnahmen und die Abrechnungen mit den umfangreichen, oft in Uebersee gelegenen Baustellen sehr zeitraubend sind. Aus einer Aufgliederung der Kapitalgrößenklasse der Aktiengesellschaften im Baugewerbe läßt sich ersehen, daß die acht größten Gesellschaften mit einem Aktienkapital von je über 5 Mill. RM. beinahe die Hälfte des gesamten Aktienkapitals des im Baugewerbe investierten Aktienkapitals aufweisen.

Kapitalgrößenklasse:	Zahl der A.-G.	Sum. Kapital in Mill. RM.
5000	9	0,05
über 5000 bis unter 50 000	26	0,66
50 000 bis unter 100 000	27	1,5
100 000 bis unter 500 000	65	14,2
500 000 bis unter 1 000 000	25	15,9
1 000 000 bis unter 5 000 000	33	65
5 000 000 bis unter 20 000 000	7	64
20 000 000 bis unter 50 000 000	1	20
zusammen	193	181

Typisch für die meisten deutschen Großbauunternehmungen ist, daß bei einem Zurückbleiben der Bautätigkeit für den Hochbau im Inlande Ersatz durch öffentliche Arbeiten im Inlande und im Auslande gesucht und gefunden wird, Aufträge, die trotz schärfer Konkurrenz gute Gewinne im Hinblick auf die üblichen Preis- und Wettbewerbsvereinbarungen mit Rückversicherung abwerfen.

Das älteste und bedeutendste deutsche Großbauunternehmen, die Philipp Holzmann & Co. A.-G. in Frankfurt a. M., dessen Gesamtumsatz mit 100 Millionen RM. nicht zu hoch geschätzt wird, erhöhte mit der bei ihr üblichen sehr vorzichtigen Dividendenpolitik ihre Dividende von 7 auf 8 Prozent bei 20 Mill. RM. Stammaktien. Im Bericht heißt es, daß der Umsatz auf Vorjahreshöhe gehalten werden konnte, die deutschen wie südamerikanischen Betriebe waren beizideitig beschäftigt und die gemeinsam mit Berger und Siemens-Bau-Union gehörigen persönlichen Jahresbetriebe sind programmäßig verlaufen. Die Julius Berger A.-G. in Berlin verteilt wieder wie im Vorjahr 20 Prozent auf ihr 7,50 Mill. RM. betragendes Aktienkapital und stellt fest, daß in Anbetracht der schwierigen Lage in Deutschland das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft immer mehr das Ausland wurde. Dyckerhoff & Widmann A.-G. in Dresden verneinte ihre Dividende auf das 8 Mill. RM. betragende Stammkapital von 8 auf 10 Prozent zu

erhöhen und bemerkt in ihrem Bericht, daß sie ins neue Geschäftsjahr mit erheblichem Auftragsbestand eintreten könne, insbesondere habe sie verschiedene langfristige Auslandsaufträge vorliegen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beläuft sich auf über 8000, und der vorjährige Umsatz wird mit 45 Millionen nachgewiesen. Wahß & Freitag A.-G., Frankfurt a. M., verteilt auf ihr 12 Mill. RM. betragendes Kapital wieder 8 Prozent, ihre Tochtergesellschaften in Buenos Aires und Rio de Janeiro schütten je 12 Prozent aus. Im Bericht heißt es, daß die jetzt erteilten Aufträge besonders im Ausland, sowie der Anteil an dem Reparationsgeschäft „Dünkirchen“ vorläufig genügend Beschäftigung gäbe und entsprächen ihrer zahlenmäßigen Höhe nach ungefähr der des Vorjahres. Die Aktiengesellschaft für Beton- und Mauerbau in Berlin schüttet wie im Vorjahr 12 Prozent bei erhöhten Rückstellungen aus. Die Guta, Hoch- und Tiefbau A.-G. in Breslau, eine der Gruppe Ostmerke-Schlesische Zementfabrik zugehörige Gesellschaft, verteilt wieder wie im Vorjahr 10 Prozent, und sagt bezüglich des gegenwärtigen Jahres, daß der Auftragsbestand bisher etwa gleich hoch wie im Vorjahr sei. Die Hoch- und Tiefbau vorm. Gebr. Helfmann in Essen, verteilt ebenfalls wieder die vorjährige Dividende von 7 Prozent auf 7,75 Mill. RM. Aktienkapital.

Auch hier wird die Beschäftigung als zufriedenstellend bezeichnet, und ihr sei es ebenfalls gelungen, zum Teil gemeinsam mit befreundeten Firmen, Ersatz für Inlandsaufträge im Ausland zu erhalten. Die Berliner Baugesellschaft Boswan & Knauer A.-G. erhöhte ihre Gewinnausschüttung von 12 auf 15 Prozent. Dagegen vermag die Industriebau-Held & Franke A.-G. in Berlin, ein aus der Schlesischen Eisenbetonbau A.-G. hervorgegangenes Unternehmen, dieses Jahr auf ihr 8 Mill. RM. betragendes Kapital nicht ihre vorjährige Dividende von 11 Prozent zu halten, da sie bei einem Berliner Siedlungsobjekt Verluste (wahrscheinlich durch Unterbietungen) erlitten hat, durch die der sonstige Gewinn des abgelaufenen Jahres im wesentlichen aufgezehrt wurde. Grün & Silfvinger A.-G. in Mannheim verteilt 15 Prozent, und trotz dieser immerhin ansehnlichen Dividende klagt sie in ihrem Bericht, daß die Verhältnisse auf dem Bauplätze sich nicht gebessert hätten, und die anhaltende Geldknappheit habe zu einer weiteren Einschränkung der Bautätigkeit geführt, ein Teil des Gewinnes mag bei ihr ebenfalls aus Auslandsaufträgen zugeflossen sein.

Summariisch betrachtet, beträgt nach der Dividendenstatistik des Statistischen Reichsamts („Wirtschaft und Statistik“, Nr. 10) von 89 an der Berliner Börse gehandelten Aktiengesellschaften des Baugewerbes und verwandter Betriebe nach dem Stande vom 30. April 1930 die Durchschnittsdividende 7,87 Prozent auf ein gesamtes Nominalkapital von 453,9 Millionen RM. Wohl gemerkt, es handelt sich um eine Durchschnittsberechnung, bei der dividende-lose Gesellschaften oder solche mit niedriger Ausschüttung die Durchschnittsziffer senken. (Die Durchschnittsdividende für alle 785 an der Berliner Börse gehandelten Aktien stellt sich auf 8,38 Prozent.) Unter Berücksichtigung der Aktienkurse weist aber das Baugewerbe mit 7,73 Prozent mit die höchste Rendite auf; die durchschnittliche Rendite für alle 785 Gesellschaften beträgt nur 6,32 Prozent.

Die Förderung der Bautätigkeit steht jetzt mit im Mittelpunkt des Arbeitsbeschaffungsprogramms; das Baugewerbe ist offensichtlich in der Lage, durch eine Beschränkung der Verdienste wesentlich zur Ankurbelung der Wirtschaft beizutragen, insbesondere sind nicht unbedeutende Einsparungen bei den Abfindungen und Rückvergütungen, die bei den Preis- und Wettbewerbsvereinbarungen für öffentliche Arbeiten gezahlt werden, im Interesse der Einsparung öffentlicher Mittel und eines Preisabbaues zu erzielen.

Reformbestrebungen in der Krankenversicherung

Im Blätterwald der Fachpresse der deutschen Sozialversicherung räumt es zurzeit gewaltig von Reformvorschlägen. Zu den Vorschlägen des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, dem Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums und den Vorschlägen der Ärzteschaft ist jüngst noch eine Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gekommen, die Anlaß zur Erstellungnahme gibt.

Die Reformvorschläge der Arbeitgeberdenkschrift zerfallen in folgende drei Gruppen:

1. Anträge mit dem Zwecke, das Eigeninteresse der Versicherten an der Schonung der Krankenkassen zu wecken, und zwar durch härtere Selbstbeteiligung an den Kosten;
2. Anträge, die eine Inanspruchnahme der Kasse in „Bagatellfällen“ einschränken sollen und

3. Anträge, die die Beitragshöhe sowie das Krankengeld nach Berechnung, Höhe und Bezugsdauer begrenzen und die Familienhilfe behandeln.

Im einzelnen unterbreitet die Denkschrift unter anderem folgende Vorschläge: Die Krankenkassen haben zwingend den Krankenschein einzuführen und für Ausstellung dieses Scheines bei jedem Krankheitsfall für Versicherte und deren Familienangehörige eine Gebühr von 1 RM. zu erheben. Von den Kosten für Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln sollen die Mitglieder in allen Fällen 25 Prozent selbst tragen;

Den Unorganisierten zur Lehr!

Mann mit zugeknöpften Taschen,
Dir tut niemand was zu lieb;
Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn du nehmen willst, so gib!

Goethe.

nur bei Krankheitsfällen, in denen die Arbeitsunfähigkeit länger als drei Wochen dauert, soll von diesem Zeitpunkt ab die 25-prozentige Beteiligung an den Arzneikosten in Wegfall kommen. Krankengeld wie Hausgeld sollen solange nicht bezahlt werden, als ein Anspruch auf Arbeitsentgelt an den Arbeitgeber besteht. Krankengeld soll nicht mehr vom vierten Tag nach Beginn der Krankheit, sondern erst ab fünftem Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt werden; dabei soll das Krankengeld auch nicht mehr wie bisher für jeden Kalendertag, sondern nur mehr für jeden Arbeitstag geleistet werden, und zwar aus einem Höchstgrundlohn von nur mehr 9 RM. anstatt wie bisher 10 RM. Das Krankengeld soll einheitlich für Ledige 50 Prozent, für Verheiratete ohne Kinder 55 Prozent, für Verheiratete mit einem Kind 60 Prozent, mit zwei Kindern 65 Prozent, mit drei Kindern 70 Prozent und mit vier und mehr Kindern 75 Prozent des Grundlohnes betragen.

Eine Ueberprüfung dieser Vorschläge ergibt, daß ihre Verwirklichung für die Finanzen der Krankenkassen zweifelsohne von Vorteil sein könnte; allein diese Vorschläge stehen zum großen Teil dem Grundgedanken der deutschen Sozialversicherung diametral entgegen. Wenn es sich eine moderne Sozialversicherung zur Aufgabe machen muß, dem weniger bemittelten Volksgenossen im Krankheitsfalle mangels eigenen Vermögens helfend unter die Arme zu greifen, so wirt eine Bestimmung, die für Ausstellung eines Krankenscheines bei jedem Krankheitsfalle 1 RM. verlangt, wie ein Hohn auf den sozialen Gedanken und die Bedürfnisse unserer Zeit. Es heißt wahrlich die tatsächliche Not der Gegenwart in den unteren Schichten des deutschen Volkes nicht kennen, wenn man glaubt, die Markstücke fänden sich in den Taschen der gegen Krankheit versicherten Arbeitnehmer heute noch ebenso zahlreich vor, wie einstmal die Zehn-pfennigstücke. Und wenn der Erkrankte von den Kosten für Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln ein Viertel selbst tragen soll, so wird bestimmt gerade in schwereren Krankheitsfällen, in denen bekanntlich der Erkrankte kostspieligere Heilmittel benötigt, die Heilung in vielen Fällen gerade an der Unmöglichkeit der Beschaffung der notwendigen Medikamente scheitern. Die Sozialversicherung sollte von dem Grundsatz der völligen unentgeltlichen ärztlichen Behandlung wie der unentgeltlichen Versorgung mit Arzneien und Heilmitteln niemals abgehen, und es wäre bei aller finanziellen Notlage der Krankenkassen viel mehr zu wünschen, daß die leider bereits bestehende Bestimmung des § 182a RVO. über die 10-prozentige Beteiligung der Versicherten an den Arzneikosten im Interesse der deutschen Volksgesundheit baldmöglichst ganz in Wegfall käme, als an ihren weiteren Ausbau zu denken. Es ist wohl richtig, daß bei einzelnen Kassenmitgliedern bisweilen eine Art Medikamentenhunger in Erscheinung tritt; allein diesem Uebelstande könnte doch besser durch eine kluge Behandlungstaktik der Ärzte abgeholfen werden, als dadurch, daß man erwägt, dem Erkrankten eine 25-prozentige Kostenbeteiligung aufzubürden und damit vielfach die Beschaffung dringend notwendiger Arzneien unmöglich zu machen. Auch mit dem Vorschlag hinsichtlich des Krankengeldes hat es eine eigenartige Bewandnis. Man kann wohl ohne weiteres dem sozial abgestuften Krankengeld das Wort reden, aber keinesfalls dem Vorschlag der Arbeitgeber bezüglich einer fünftägigen Wartezeit zum Bezuge des Krankengeldes. Es sei zu gegeben, daß eine Satzungsbestimmung, welche das Krankengeld für bestimmte Krankheitsfälle bereits vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an zubilligt, sich in der Praxis nicht selten als Anreiz zum Krankmelden, besonders auch in Bagatellfällen, erwiesen hat. Aber deshalb darf man, um diese Einzelfälle von Kassenausbeutung zu treffen, denn doch nicht alle Versicherten mit einer viertägigen Wartezeit

strafen wollen und die Not, die durch die Erkrankung des Familienhauptes an sich schon nur zu oft in die Familie Einkehr hält, noch durch eine viertägige Karenzzeit vergrößern. Auch der Gedanke und die Absicht, das Krankengeld wieder wie ehemals nur mehr für den Arbeitstag und nicht mehr für den Krankentag, also für sechs statt für sieben Tage pro Woche zu geben, würde zweifelsohne einen Rückschritt in der Entwicklung der deutschen Sozialversicherung bedeuten. Dieser Vorschlag müßte um so sonderbarer an, als er aus deutschen Arbeitgeberkreisen kommt, die doch sonst so gerne das Wort vom „deutschen Fortschritt auf allen Gebieten“ gebrauchen.

Es wäre ein schlechtes und bedauerliches Zeichen, wenn Deutschland, das bisher bekanntermaßen bahnbrechend auf dem Gebiete der Sozialversicherung vorgegangen, nunmehr an einen Abbau seiner sozialen Krankenversicherung — dem käme nämlich die Verwirklichung der Vorschläge der Arbeitgeberverbände gleich — herantreten wollte und das zu einer Zeit, wo andere Länder sich ernstlich mit dem Ausbau ihrer sozialen Versicherungseinrichtungen befassen und uns in dieser und jener Richtung bereits überflügelt haben.

Reichsarbeitsminister Stegerwald zur Arbeitsmarktlage

Anlässlich der Beratung des Etats seines Ministeriums im Reichstag hielt der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald eine Rede, in der er sich mit den Problemen des Arbeitsmarktes eingehend befaßte. Der Minister ging davon aus, daß wir uns augenblicklich in einer schweren Weltwirtschaftskrise befinden, unter der Deutschland besonders zu leiden hat. Im einzelnen machte Stegerwald u. a. folgende Ausführungen:

„Während in der Zeit von 1924 bis 1928 jedes Jahr 2½ bis 3 Milliarden RM. fremden Kapitals nach Deutschland floßen, womit rund 750 000 bis 1 Million Menschen Arbeit und Brot verschafft werden konnte, ist im letzten Jahre dieser Kapitalstrom nahezu versiegt, und im Gegenteil sind große Mengen deutschen Kapitals ins Ausland gewandert. Neben der Landwirtschaft, die in den letzten Jahren mit Unterbilanz arbeitete, ist das Baugewerbe, das eine der bedeutendsten Schlüsselstellungen in der deutschen Volkswirtschaft einnimmt, am schärfsten von der Krise betroffen worden. Da die Bauwirtschaft zum großen Teile von den öffentlichen Mitteln abhängt, ist sie besonders stark von der Finanznot in Reich und Ländern in Mitleidenchaft gezogen. Gegenwärtig sind im Baugewerbe 5-600 000 Arbeiter weniger beschäftigt, als um die gleiche Zeit im Vorjahre. Für das Baugewerbe ist die Lage besonders ungünstig, da die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden noch viel später fertiggestellt werden, als vorausgesehen war. Der Steuerfunktionsaktion von 1926 habe ich mich widersetzt, da keine wirtschaftspolitischen Folgerungen daraus gezogen wurden. Art und Ausmaß der Beamten-Beoldungsreform von 1927 habe ich im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage für ein Unglück gehalten. Wir haben in den letzten Jahren vielfach in Illusion gelebt, so daß wir den Schein für Wirklichkeit gehalten haben.“

Von 46 Milliarden RM., die in Deutschland an Löhnen und Gehältern gezahlt werden, sind nach meiner Schätzung 35-38 Milliarden in Form von Beamtengehältern und durch Tarifverträge gebunden. In keinem Lande gibt es soviel große National- und Bezirksstarifverträge als in Deutschland. Diese Errungenschaften lassen sich nur bei elastischer Handhabung in gewissen Zeiten erhalten.

Gegenwärtig ist die Lohnsenkung weitgehend Modeshlagwort geworden. Ich bin mir darüber klar, daß unser heutiges Preisniveau ungesund und nicht dauernd haltbar ist. Einer Senkung der Reallohne auf breiter Front müßte ich mich nachdrücklich widersetzen.

Der Preis wird zudem nicht allein, in der Regel nicht einmal überwiegend, vom Lohn bestimmt. Die Lohnquote am Preis ist heute meist sehr viel geringer als 1914. Beim Wohnungsbau beträgt der Anteil der Bauarbeiterlöhne etwa 40 Prozent. (Meistens sogar bedeutend weniger. Red.) Senkt man diese um 5 Prozent, so kommt für die einzelne Wohnung nur eine unwesentliche Verbilligung heraus. Das Wichtigste ist, daß wir Ordnung in die deutsche Finanzpolitik bringen, damit die langfristigen Kapitalanlagen in allem um 2 Prozent gesenkt werden können.

Die Arbeitslosenversicherung ist 1927 so aufgebaut worden, daß mit dem Beitrag 800 000 Versicherte unterstützt werden konnten. Im vorigen Jahre rechnete man mit einem Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen, während wir tatsächlich 1929 einen Jahresdurchschnitt von 1 275 000 Hauptunter-

Am 12. Juli 1930 ist der achtundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

Stützungsempfängern hatten. Bei ihren Vorschlägen an den Reichstag geht die Regierung für 1930 von 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern und 400 000 Krisenfürsorgeberechtigten aus. In Wirklichkeit wird mit höheren Ziffern gerechnet werden müssen. Dieser Gefahr sucht die Reichsregierung zu begegnen durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, mit dem wahrscheinlich 200-300 000 Menschen beschäftigt werden können. Der Gesetzentwurf geht von den Reformvorschlägen des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aus. Wenn die Arbeitslosenversicherung mit diesem Reichstag gemacht werden muß, dann können sehr viel andere Wege, als sie die Regierung vorschlägt, nicht gegangen werden. Zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung und zur Beschaffung der allerdringendsten Mittel für die Krisenfürsorgeberechtigten sind mindestens 700 Millionen RM. notwendig. Für die an sich begreiflichen Wünsche auf Einbeziehung aller Ausgesteuerten in die Krisenfürsorge und die Wünsche der Gemeinden auf Mittelbeschaffung für die Wohlfahrtsvereinslosen wären mehr als 1 Milliarde RM. erforderlich. Diese Summe kann gegenwärtig kein Finanzminister beschaffen. Da unser Volk und die Wirtschaft eine stärkere Anspannung der Steuern nicht vertragen können, gibt es keine andere Rettung als Sparen auf der ganzen Linie. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Herbst und Winter noch mit viel drastischeren Maßnahmen gearbeitet werden muß, als mit dem Notopfer.

Für mich als Reichsarbeitsminister ist gegenwärtig die Kardinalfrage, wie man einen Teil des Arbeitslosenheeres wieder in den Produktionsprozeß eingliedern kann. Dazu ist zunächst notwendig, daß das Vertrauen zu und in dem Staat und die Wirtschaft wieder hergestellt wird. Die Reichsregierung ist aber auch willens, alles Erdenkliche auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung zu tun. Wir hoffen, sobald der Etat gesichert, sobald die Arbeitslosenversicherung saniert ist, mittels 750 Millionen RM. die deutsche Wirtschaft neu beleben zu können. Reichsbahn und Post sollen der Wirtschaft für etwa 400 Millionen RM. Aufträge erteilen, daneben ist an ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm mit 250 Millionen RM. gedacht. Schließlich sollen noch größere Beträge für den Ausbau des Straßennetzes und für die wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge beschafft werden. Die genannten Beträge sollen nicht durch Steuern, sondern durch Anleihen für produktive Zwecke ausgebracht werden. Allerdings muß die Wirtschaft bereit sein, ihrerseits in dieser Zeit der Not durch eine angemessene Senkung der Preise ein Opfer zu bringen.“

Reichstarifvertrag für Wärme- und Kälteschutztechnik

Nachdem am 3. und 4. Juni die Verhandlungen über Abschluß eines Reichstarifvertrages ergebnislos verlaufen waren, hatten sich die Parteien geeinigt, nunmehr unter einem unparteiischen Verhandlungsleiter — und zwar, wie schon oft, Herrn Bauer — weiterzutagen. Die Weiterverhandlungen fanden am 10. und 11. Juni in Berlin statt. Nach recht schwierigen Verhandlungen kamen wir am zweiten Verhandlungstage durch die tatkräftige Mithilfe des Herrn Unparteiischen so weit, daß die einzelnen Vertragsparagrafen ihre Erledigung fanden. Die redaktionelle Abfassung des Vertrages, ebenfalls unter Mitwirkung des Unparteiischen, fand am 19. Juni statt. Der Vertrag, der gerade keine allzu großen Verbesserungen gegenüber seinem Vorgänger aufweist, hat aber auch die Verschlechterungen, welche die Arbeitgeber beantragt hatten, nicht in seine Bestimmungen aufgenommen, so daß man sagen kann, es ist neben kleinen Verbesserungen im großen und ganzen beim alten geblieben. Auf Einzelheiten wollen wir nicht eingehen, da die Verträge mittlerweile gedruckt und an die Bezirksleitungen zur Weitergabe an die Kollegen überwiesen sind.

Allgemeine Rundschau

Wer bringt das größte Notopfer?
Ein augenblicklich erwerbsloser Arbeiter, dessen Arbeitseinkommen bedeutend über dem Durchschnitt aller anderen Arbeiter gestanden hatte, verdiente während der Zeit, wo er in Arbeit stand, insgesamt 65 RM. in der Woche, das sind 285 RM. im Monat. Davon mußten gezwungen gezahlt werden: für die Invalidenversicherung 1 RM., für die Arbeitslosenver-

sicherung 1,05 RM. und für die Krankenkasse 2,40 RM., das sind 4,45 RM. in der Woche. Im Monat sind das bei einem Einkommen von 285 RM. 19,80 RM. Dazu kommt der Gewerkschaftsbeitrag von 1,80 RM. in der Woche, der den Sozialversicherungsbeiträgen gleichzusetzen ist. Insgesamt gehen also für soziale Dinge 27,10 RM. im Monat ab. Und vom Beamten, der ganz anders für die Zufälligkeiten im Leben gesichert ist, verlangt das Reich jetzt zur Behebung der Finanznot 2½ Prozent vom Einkommen. Das ergäbe bei gleichem Einkommen wie bei diesem Arbeiter ganze 7,13 RM. im Monat. Also 27,10 gegen 7,13 RM. Wer in aller Welt bringt dabei das größte Notopfer? Wer muß es Jahr für Jahr bringen, nur, um in den Notzeiten nicht förmlich zu verhungern?

Und schließlich sollen die Arbeitslosen nach dem Vorschlag der Reichsregierung auch noch ein neues, ungeheures Notopfer bringen? Es soll die Arbeitslosenunterstützung in der ersten Lohnklasse beispielsweise um sage und schreibe 6,30 RM. in der Woche abgebaut werden.

Angefißt dieser Tatsache ist die Ablehnung des Notopfers von seiten weiter Beamtentum mehr als unverständlich und ein ungeheurer Mangel an Verantwortung gegenüber der Volksgemeinschaft, der zu dienen sie mit besonderem Eifer stets betonen.

Arbeitsbeschaffung

Der Reichswirtschaftsrat hat am 3. Juli ein Gutachten mit Vorschlägen zur Behebung der Bauwirtschaft herausgegeben. Die baugewerblichen Spitzenverbände haben sich dem Gutachten im Grundsatz angeschlossen und entsprechende Eingaben an Reich, Länder und Kommunalverwaltungen gemacht.

Hoher Index der Baukosten

Die „Wirtschaftsnachrichten“, herausgegeben von der Presseabteilung der Reichsregierung und dem Reichswirtschaftsministerium, konstatieren aus einem Artikel im „Hamburger Fremdenblatt“, Nr. 177, daß die Baumaterialienpreise unter Duldung der öffentlichen Hand durch die Syndikate auf eine unberechtigte Höhe gebracht seien. So bedinge eine Einheit Baumaterial, die vor dem Kriege in fünfjähriger Zeit 110 RM. gekostet habe, heute 480 bis 500 RM. Ausgabe. Die Einheit für ein anderes Material sei von 300 M. vorkriegszeitig auf 1000 RM. jetztzeitig gestiegen.

Das ergibt nach Adam Riese rund 400 bzw. 345 Prozent Ueberhöhung gegenüber den Vorkriegspreisen. Wenn der Baukostenindex heute wegen seiner über dem Lebenshaltungsindex liegenden Höhe angegriffen wird, so mag hier die wichtigste und berechtigt abstellbare Ursache liegen. Die Feststellung bedeutet eine Anklage. Schweigen bedeutet Eingeständnis!

Es gibt auch andere Beamte

Auf der Tagung der Katholischen Lehrerverbände für die Provinz Westfalen in Münster nahm der Vorsitzende des Verbandes, Lehrer Brodmann (Münster), M. d. L., in bemerkenswerter Weise zur Frage des Notopfers Stellung. Er führte aus:

„Es geht in diesen Stunden des Kampfes um das Notopfer nicht um materielle, finanzielle Werte, es geht zuletzt und zutiefst um höheres, es geht darum, ob das letzte, schwache Licht von Glauben und Vertrauen zu den anderen, zu den Volksgenossen im Dunkel der Not und des Glends, in der Verbitterung der Herzen unseres Proletariats ausgelöscht werden soll oder nicht.“

Und darum widerspreche ich bewußt und mit Entschiedenheit der Pressemeldung, nach der die deutschen Lehrer sich gegen das Notopfer ausgesprochen hätten. Wir andere reden oder handeln, wie sie wollen: Wir katholischen Lehrer bekennen uns ohne jede Verkauflung, ohne jedes Kompromiß zur sittlichen Idee des Notopfers. Wir wollen den Glauben und das Vertrauen in den Massen des Proletariats nicht zerbrechen lassen, wir wollen den Menschen retten, die Seele im Bruder, Volkswerdung in den Massen. ...“

Eine ganze Anzahl von Geistlichen-Konferenzen haben sich ähnlich ausgesprochen und private Notopfer zu Gunsten der Bedürftigen festgesetzt.

Planvoller Straßen- und Wegebau

Der Reichstag hat beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums beschlossen: „Die Reichsregierung zu ersuchen, im Benehmen mit den Ländern beschleunigt die Möglichkeiten eines planvollen Straßen- und Wegebaues zu prüfen und die erforderlichen Vorschläge zu machen. In diesem Plan soll insbesondere gebührende Rücksicht auf die Erschließung wirtschaftlich benachteiligter Gebiete genommen werden, welche gemäß den Richtlinien und zeitlichen und örtlichen Verhältnissen, die für die Deutsche Reichsbahngesellschaft maßgebend sind, für letztere zur Zeit nicht in Betracht kommen. — Zur Ermöglichung des Baues von Automobilstraßen auf privatwirtschaftlicher Grundlage sollen die Bestimmungen des § 13 des Finanzausgleiches in geeigneter Weise abgeändert werden.“

**Wer immer faul und müßig blieb,
War lebend auch ein Schatten;
Der Todte ist der größte Dieb,
Er kann nichts mehr erstatten.**

Jimmermann

Aus dem Verbandsleben

Baderborn. Die Ortsgruppe Bad Lippbrünge feierte am Sonntag, 15. Juni, das 25jährige Jubiläum des Bestehens. Die Stadt bot zu Ehren der Feier ein festliches Gepräge.

Am 3 Uhr versammelten sich alle Kollegen auf dem Marktplatz zum Festzug durch die Stadt zum Schützenplatz.

Kollege Eberg hieß die geistliche und weltliche Behörde herzlich willkommen. Insbesondere galt sein Gruß den Jubilaren. 25 Jahre zähester Arbeit liegen hinter uns. Es geht uns darum, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln, die rechtliche und soziale Stellung des Arbeiters zu heben, und das wollen wir uns erkämpfen auf dem Boden des Christentums. Wir wollen eine ausgleichende Gerechtigkeit. Heute ist ein Fest der Arbeit und Freude. Wir wollen aufs neue die Grundlagen und Ziele der christlichen Gewerkschaftsidee kraftvoll beinauen und die enge Verbundenheit mit dem deutschen Volke befestigen.

Die große Sorge der Zeit lastet heute schwer auf uns. Das große Heer der Arbeitslosen läßt die Größe der Not klar erkennen. Die christlichen Gewerkschaften sind von dem festen Willen besetzt, zur Hebung dieser großen Volksnot alle ihre Kräfte einzusetzen, um die Arbeitslosigkeit vermindern zu helfen.

Nach diesem Tatbekenntnis hielt Bezirksleiter Kollege Werner die Festrede. Zunächst überbrachte er die Grüße und Glückwünsche des Hauptvorstandes und der Bezirksleitung. Er hielt dann einen Rückblick auf die letzten 25 Jahre und wies auf die großen Schwierigkeiten und Kämpfe hin. Dank der zähen Ausdauer sei sehr viel erreicht worden. Es sei daher Pflicht jedes einzelnen, auch in Zukunft mitzukämpfen, um die erworbenen Rechte zu halten. Vor allem müßten wir die Jugend für uns gewinnen, weil sie für die Zukunft entscheidend ist. Fünfundzwanzig Jahre haben die Jubilare im Kampfe um den christlichen Gewerkschaftsgedanken nach den Grundsätzen des Christentums gekämpft. Möge ihnen Gott vergelten, was sie hier in wertvoller Nächstenliebe getan haben. Die Jugend aber möge sich an den Jubilaren ein leuchtendes Beispiel nehmen und ihnen nachstreben.

Jedem Jubilar wurde als Widmung des Hauptvorstandes eine silberne Nadel und ein Ehrendiplom überreicht. Die Namen der Jubilare sind: Mathias Müller, Wilhelm Deppe, Josef Kolb, Robert Heinemann, Ignaz Hengst, Josef Witte, Konrad Finte, Wilhelm Willeke und Wilhelm Peters. Josef Witte dankte im Namen der Jubilare und mahnte nochmals zum festen Zusammenhalten.

Bürgermeister Dr. Hint übermittelte die Glückwünsche der Stadtverwaltung und der gesamten Bürgererschaft. Pfarrer Hüder sprach im Namen der katholischen Kirchengemeinde und überbrachte deren Glückwünsche. Arbeitersekretär Kühkamp beleuchtete Liberalismus und Sozialismus als die Feinde der christlichen Arbeiterchaft.

Kimburg, den 15. Juni. Eine eindrucksvolle Kundgebung der Bau- und Steinarbeiter aus den Gebieten der Ruhr und des Westerwaldes besaßte sich mit den Auswirkungen der großen Arbeitslosigkeit. Kollege Fromm (Berlin) von unserem Bruderverband der Fabrik- und Transportarbeiter und Kollege Schleicher (Frankfurt) von unserem Verband erstatteten die grundlegenden Referate. Die Vertreter der Behörden anerkannten die Notlage und erklärten sich bereit in ihren Dienstbereichen die in einer Behördenkonferenz bereits vorherbesprochenen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zu unterstützen. Im Kreis Kimburg ist eine Umgehungsstraße bei Niederjellers geplant, die 10 000 Arbeitstagen erfordert. Geplant sind weiter ein Kranzhaus in Kirberg und die Bauten zum Sappelfeld in Kimburg. Für die Wasserleitung in Elz mit 10 000 bis 12 000 Tagewerken Arbeit sind noch finanzielle Sorgen vorhanden. Der Abgeordnete Graf stellte schriftlich in Aussicht, daß der Bau der Rhein-Wehrstraße und Meliorationsarbeiten auf dem Westerwald in Aussicht genommen seien. Der Kreis Westerburg plant Straßenbauten bei Salz und von Westerburg nach Langendernbach. In Vorbereitung seien weiter zwei Landjägerhäuser und ein Schweinestall.

Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die noch einmal die von den Rednern dargelegten Forderungen zusammenfaßt und insbesondere fordert, den Straßenbau als produktiv anzuerkennen, Auslandsanleihen für diese Zwecke besser zu bewerten wie bisher, nur deutsches Straßenbaumaterial zu verwenden, durch Frachtsenkung den Fernverkehr des Steinmaterials zu erleichtern, bei Hochbauten statt ausländischem deutschem Marmor zu verwenden, Doppelstunden und Überarbeitszeit zu vermeiden, Diebstählen in Einflang mit den sozialen Bedürfnissen zu bringen, Einschränkung der Bau- und Steinarbeiter in die Krisenfürsorge, soziale Umgestaltung des § 89a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und Notopfer der in ihrem Lebenserwerb übergeleiteten Volksgenossen. Der starke Beifall der Kundgebung und der Verlauf derselben haben hoffentlich allen denen, die es angeht, den Ernst der Lage klargemacht. Trotz aller Not verzagen wir nicht, weil wir eine unermüdete Organisation als die Vertreterin unserer gerechten Ansprüche hinter uns wissen.

Kimpar, 25. Juni. Eine herrliche Jubelfeier beging gestern und heute unsere Ortsgruppe. Am Samstagabend fand ein in allen Teilen wohlgeplannter Festgottesdienst in der „Sonne“ statt. Ein stimmungsvoller Festzug leitete die Feier ein. Vorstand Bürklein leitete eine Anzahl Gänge, insbesondere unsere Ver-

bandsjubilare, begrüßen. Gedichte, Lieder und Musik wechselten, den Sinn des Festes hervorhebend. Dazwischen sprachen noch Begrüßungsworte der Vorsitzende des christlichen Bauarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Würzburg, Baumach (Helmstedt), Arbeitersekretär Hörmann, Geschäftsführer Meyer vom Deutschen Versicherungskonzern. Herr Pfarrer Böttch richtete herzliche Dankesworte an die Jubilare und forderte zur weiteren Mitarbeit im Sinne christlicher Weltanschauung auf. Gewerkschaftssekretär Greib betonte in seiner kurzen, knappen Festansprache Entstehung, Ursachen und Idee der christlichen Bauarbeiterbewegung. Nach einem Gedicht, gesprochen an die Toten, wurde gemeinschaftlich das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ zur Ehrung der Verstorbenen gesungen. Dem Festgottesdienst am Sonntag früh voraus ging die Festpredigt des Herrn Pfarrer Oppmann von Bersbach, der in seinen Worten den Wert der Arbeit in christlichem Sinne feierte und hinwies, wie gerade das Christentum der Arbeit Sinn und Wert verliehen und sie geliebt hat. Punkt 3 Uhr setzte sich dann ein imposanter Festzug in Bewegung, der weit über 1000 Mannen umfaßte. Fahnen und Girlanden zeugten von der Anteilnahme der ganzen Bevölkerung. Frauen und Mädchen überschütteten die Festzugteilnehmer mit Blumen. Im farbenfrohen Festzug zogen besonders auf unsere Junggewerkschaftler mit Manchesterhosen, weißem Hemd und schwarzem Hut bekleidet, dann die Jubilare auf dem Festwagen. Nun wechselten die Handwerkswagen, voran die Maurer und Hilfsarbeiter beim Nichtfest; ein richtiges Haus hatten sie auf dem Wagen erstellt. In lustiger Höhe sitzend, rückte dann der Wagen der Zimmerleute an, gestellt von der Ortsgruppe Bersbach, diesen folgend die Hilfsarbeiter mit Wütze, Steinbrett und Schiefbarren. Die Festzugleitung leitete Vorstand Bürklein ein. Der erste Festredner, Kollege Dr. Toppelmann, überbrachte die Glückwünsche des Hauptvorstandes und legte dar, wie durch die Arbeit der christlichen Gewerkschaften die sozialen Verhältnisse sich stetig zum Wohle der Arbeiterchaft gebessert haben, daß die soziale Gesetzgebung und insbesondere das heutige Tarifvertragswesen ein Verdienst der christlichen Gewerkschaften sei, und man daher mit Stolz auf die fünf- und zwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken und Dank den Jubilaren für ihre Treue und Opferwilligkeit zollen könne. Der zweite Festredner, Kollege Schilling, gab einen Rückblick auf die Entstehung des Verbandes und stellte fest, daß das Fundament „christlich, deutsch und sozial“ ein gutes gewesen und forderte auf zur weiteren treuen Mitarbeit, gestützt auf diese Grundsätze. Nun folgten einige weihevoll Minuten. Bezirksleiter Schilling ehrte die Jubilare in kernigen Worten, während Kollege Greib ihnen die silberne Nadel mit dem Ehrendiplom überreichte. Jubilare waren die Kollegen: Heinrich Johann, Hauswein Ludwig, Scheuplein Ludwig, Walter Johann, Göpfert Peter. Von unserer Ortsgruppe erhielten die Jubilare ein Bierkruglein in schön gezierter Form mit den Verbandsinsignien überreicht. Gewerkschaftssekretär Greib ergriff dann in später Stunde das Schlusswort, Dank sagend der Bevölkerung für die reiche Beflagung und die massenhaften Blumenpenden. Mit dem Absingen der Bauarbeiterhymne fand das Fest einen würdigen Abschluß. Am Montag morgen versammelten sich die Mitglieder der Ortsgruppe Kimpar zu einem Gedächtnisgottesdienst für die Gefallenen und Verstorbenen. Eine vielbesuchte Ausstellung der Jugendgruppe mit gewerblichen Zeichnungen zeugte von der intensiven Tätigkeit der jungen Mitglieder unter Leitung von Herrn Techniker Strauß (Kimpar).

Von den Arbeitsstellen

Allenstein. Die Baukonjunktur ist, wie überall, auch bei uns im Osten sehr schlecht. Zurzeit, im Juli sind noch 40 Prozent unserer Mitglieder arbeitslos. Daß diese schlechten Beschäftigungsmöglichkeiten von den Unternehmern weidlich ausgenutzt werden, zeigt, daß das Unternehmertum von einer wirklichen Volksgemeinschaft weit entfernt ist. Hauptsächlich sind es die Scharmacher, die sich nicht genug tun können, in Schikanen und Mühselen gegen unsere Mitglieder. Wenn die mehr wie 30 Wochen arbeitslos gewesenen Kollegen bei einzelnen Unternehmern um Arbeit vorsprechen, werden sie höhnisch an die Gewerkschaftssekretäre gewiesen, mit den Worten, die Herren haben Arbeit u. a. m. Wir müßten uns dieserhalb beschwerdeführend an den Arbeitgeberverband wenden, daß er seine Mitglieder zur Ordnung ruft. Daß in solch schlechter Zeit auch die tariflichen Bestimmungen umgangen werden, zeugt nicht für ehrlichen Tarifwillen. Hauptsächlich den ungelerten Kollegen sucht man die tariflichen Löhne vorzuenthalten. Werden dieselben gefordert, so erfolgt nach ein bis zwei Tagen die verdeckte Rache durch Entlassung wegen Arbeitsmangels. Leider gibt es aber nicht nur Unternehmer, die die Notlage der Bauarbeiter ausnutzen, auch Angehörige des Polierbundes geben sich teilweise noch härter zur Ablehnung berechtigter tariflicher Forderungen her. Folgender Vorfall beleuchtet so recht das Tun dieser auchorganisierten Poliere. Bei einer hiesigen größeren Firma suchten unsere Kollegen auf Tagelohn. Laut unserem Tarifvertrag erhalten Polier einen Zuschlag von 14 Pf. die Stunde. Als bei der ersten Zahlung dieser Zuschlag ausblieb, nahmen unsere Kollegen an, das Büro hätte sich geirrt. Kurz vor der zweiten Zahlung machten unsere Kollegen den Bauführer auf die Nichtzahlung des

Polierzuschlages aufmerksam. Ganz verwundert sagte der: Ja, das liegt doch nur an dem Polier, der hat es auf die Lohnliste nicht geschrieben. Daß er es dieses Mal nachholen. Unsere Kollegen haben dieses dann dem Polier in Gegenwart des Bauführers vorgehalten, und da erwiderte dieser gute Mann: „Seid doch auch mit dem Maurerlohn zufrieden, was wollt ihr noch den Zuschlag in dieser schlechten Zeit verlangen.“ Die Kollegen verlangten aber doch und erhielten auch den Zuschlag. Auch unserer Jugend sollte folgender Vorfall zu denken geben. Am 23. Juni erschien unser Jugendmitglied M. mit blutendem Kopf auf unserem Büro, und erklärte, der Polier K. (Mitglied des Polierbundes), habe ihm mit einem scharfkantigen Brett auf den Kopf geschlagen. Wir ließen die Wunde sofort durch einen Arzt verbinden, und das Attest lautete, eine 4 Zentimeter lange Wunde, auch kleine Einbeulungen in der Schädeldecke. Wir haben Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet und erwarten, daß solche Rohheit eine entsprechende Strafe erfährt. Solche Poliere gehören überhaupt nicht als Aussicht der Jugend auf die Bauten. Es war gut, daß der Lehrling sich gleich an seine Organisation gewandt hat, die ihm treu zur Seite steht. Nach unseren Erkundigungen hat der Lehrling keinen Anlaß zu einer so rohen Behandlung gegeben.

Für uns Bauarbeiter sind augenblicklich schlechte Zeiten; aber die Bauarbeiter waren noch nie verzagt. Nun erst recht Kopf hoch und agitieren auf den Arbeitsstellen, daß auch der letzte Bauarbeiter und Lehrling unserem Verbands beitrifft.

Sterbetafel

Durch Herzschlag wurde uns plötzlich unser Kollege Karl Groß in Disberg entzissen. Die Verwaltungsstelle hat ein eifriges Mitglied an ihm verloren. Seit der Gründung der Verwaltungsstelle hat er stets einen Vertrauensposten bekleidet.

Verwaltungsstelle Bruchhausen.

Am 15. Juni starb unser treuer Kollege und Mitbegründer der Zahlstelle Wüderich, der Maurer Johann Wiesmann im Alter von 71 Jahren an Herzschwäche.

Verwaltungsstelle Mörs.

Am 22. Juni starb unser Kollege, der Zimmerer Josef Algermissen aus der Ortsgruppe Algermissen im Alter von 66 Jahren an Herzschwäche.

Verwaltungsstelle Hildesheim.

Am 27. Juni starb unser ältester Kollege, der Maurer Heinrich Seelmeier aus der Ortsgruppe Alherbergen im Alter von 82 Jahren an Altersschwäche. Seit 1903 war er ein eifriges Mitglied und Förderer unserer Bewegung.

Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Am 1. Juli starb unser treuer Kollege Johann Jordan im Alter von 60 Jahren. Er war trotz seines Alters ein eifriges Mitglied und langjähriger Hauskassierer.

Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Ehre ihrem Andenken!

Bauarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Lederaschen 13.— Rm., aus II-Drahtleder 9.— Rm. u. 6.50 Rm. **Maurersocken** 1.20 Rm. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.— Rm., II 13.— Rm., III 11.— Rm. **Maurerblusen** 5.— Rm. **Schnellputzhaken** per Stück 25 Pf. vers. b. Bestellung von 25 Rm. frei Haus. **Preisliste u. Muster gratis.** **Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2.** Mechanische Spezialfabrik für Bauarbeiter-Kleidung. Gegr. 1894.

Möbel-Kamerling Berlin, Kastanienallee 66 Speiser, Schlafz., Herrenz., Küch., Riechenausw. Spottpreis, Zahlungserrl.

→ **Wepa** Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufe Spez: Blane Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manchester-Anzüge **Wilhelm Fabr., Berlin N 31, Brunnenstraße 78**

Roman Grulich Beitragsmarken **BERLIN NO 43, Goltzowstraße 12.**

Original-Wanderlust-Werkzeuge!



für Maurer, Stukkateure, Plattenleger, Ofensetzer, Dachdecker, Zimmerleute usw. usw. versenden in nur erstklassiger Qualität zu äußerster Preisen.

G. Rasch & Sohn, Remscheid, Mauerstr. 1 Verlangen Sie Preisliste

Echte **Hienfong-Essenz** extra starke (Destillat) 1000fach bewährt. 12 Fl. Dtz 4.— bei 30 Flaschen RM 10.— franko Laborat. E. Walthert, Halle-Trotha 100



Fordern Sie von Ihrem Händler **Maurersocken Originali Cape 10** unverwundlich in Qualität Verkauf preis per Paar M. 1.50 Auf einnähte Firma und Schutzmarke achten. Wo nicht zu haben, direkt ab Fabrik

Kollegen, kauft bei den Inserenten der „Baugewerkschaft“